

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Simone Huth-Haage (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Notfallversorgung der Nord-, Süd- und Westpfalz – Stationierung eines Rettungshubschraubers in Kaiserslautern

Die **Kleine Anfrage 2589** vom 3. September 2014 hat folgenden Wortlaut:

Die Bürgerinitiative „Christoph Kaiser“, die sich für die Stationierung eines Rettungshubschraubers in Kaiserslautern einsetzt, der die Notfallversorgung der Nord-, Süd- und Westpfalz unterstützen soll, hat im Juni 2013 rund 10 000 Unterstützer-Unterschriften für ihr Anliegen an Frau Staatssekretärin Raab übergeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wurden die Anliegen in den Geschäftsgang des Ministeriums der Innern, für Sport und Infrastruktur gegeben?
2. Was hat die Prüfung des Anliegens durch das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur ergeben?
3. Wurden seitens des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur bei der Prüfung des Anliegens andere Ministerien konsultiert?
4. Wann und mit welchem Ergebnis hat das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur der Bürgerinitiative „Christoph Kaiser“ geantwortet?
5. Was beabsichtigt die Landesregierung bezüglich einer Stationierung eines Rettungshubschraubers in Kaiserslautern zu unternehmen?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. September 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Unterschriften wurden am 29. Mai 2013 von der Abgeordneten Ruth Leppla an Frau Staatssekretärin Heike Raab übergeben. Am 31. Mai 2013 wurden die Unterschriften in den Geschäftsgang gegeben.

Zu Frage 2:

Die Prüfung hat ergeben, dass in dem von der Bürgerinitiative angesprochenen Bereich, der die Leitstellenbereiche Bad Kreuznach, Rheinhessen, Kaiserslautern, Ludwigshafen und Landau umfasst, 105 Rettungswagen, 43 Notarzteinsetzfahrzeuge und 141 Krankentransportwagen, insgesamt also fast 300 bodengebundene Rettungsmittel, eingesetzt werden. Das dazu notwendige Personal umfasst 1 183, also fast 1 200 ausgebildete Personen. Des Weiteren hat sie ergeben, dass der auf den Bedarf abgestimmte bodengebundene Rettungsdienst durch die Luftrettungsmittel ergänzt wird. Für das betroffene Gebiet sind dies vornehmlich die in Rheinland-Pfalz stationierten Rettungs- und Intensivtransporthubschrauber Christoph 5 Ludwigshafen und Christoph 77 Mainz. Ergänzt werden diese Hubschrauber im Bedarfsfall durch die Rettungshubschrauber Christoph 10 Wittlich, Christoph 23 Koblenz, Christoph 16 Saarbrücken, Christoph 43 Karlsruhe, Christoph 53 Mannheim, Christoph 2 Frankfurt, Christoph Hessen, Christoph 25 Siegen sowie durch Christoph Rheinland Köln und Luxembourg Air Rescue 3.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass kein Bedarf besteht, ein weiteres Luftrettungsmittel in Rheinland-Pfalz zu stationieren.

b. w.

Zu Frage 3:

Nein.

Zu Frage 4:

Mit Datum vom 13. August 2013, abgesandt am 14. August 2013, wurde ein Antwortschreiben an die Abgeordnete Ruth Leppla verschickt. In dem Schreiben wurde das in Ziffer 2 bereits dargestellte Ergebnis der Prüfung mitgeteilt.

Zu Frage 5:

Die Landesregierung hat sich diesbezüglich nochmals mit dem Landkreis Kaiserslautern als zuständige Behörde für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Kaiserslautern unter Beteiligung des dortigen Ärztlichen Leiters Rettungsdienst beraten. An der Besprechung nahm auch ein Vertreter des Westpfalzkrankenhauses teil. Es wurde mehrfach seitens des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur darauf hingewiesen, dass bis dato kein konkreter Bedarf zur Stationierung eines Hubschraubers schlüssig, also auch belegbar, angemeldet wurde. Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst bestätigte, dass ihm persönlich kein Fall bekannt sei, bei dem ein dringend benötigter Hubschrauber nicht auch zum Einsatz gebracht worden wäre. Er bestätigte auch die Angaben des Vertreters des Ministeriums, dass im Rettungsdienstbereich Kaiserslautern ungefähr 500 Einsätze pro Jahr mit der Beteiligung eines Rettungshubschraubers durchgeführt werden. Dies sind rund 1,3 Einsätze pro Tag.

Man hat sich darauf verständigt, dass die zuständige Behörde mit ihrem Ärztlichen Leiter Rettungsdienst unter Beteiligung des Notfallmedizinischen Zentrums Westpfalzkrankenhauses eine konkrete Bedarfsanalyse für die Stationierung eines Rettungshubschraubers in Kaiserslautern durchführt und dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur zur Verfügung stellt.

In Vertretung:
Günter Kern
Staatssekretär